PARTEIEN

Wachsen oder wuchern

Austritte, Rücktritte, abgesetzte Funktionäre: Neun Monate nach ihrem Hamburger Sensationserfolg ist die Schill-Partei dabei, sich selbst zu zerlegen.

Als Phänomen in der deutschen Parteienlandschaft war die Neugründung des Hamburger Amtsrichters Ronald Barnabas Schill bestaunt worden. Aus dem Stand hatte dessen Partei Rechtsstaatlicher Offensive bei der Wahl des hanseatischen Landesparlaments im vergangenen September 19,4 Prozent der Stimmen geholt.

Kühn hatte sich der Parteigründer schon als Kanzlermacher gesehen, von dessen Gnaden eine unionsgeführte Bundesregierung abhängig sein würde. Doch dem Höhenrausch folgte bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 21. April die Ernüchterung – die Partei scheiterte, wenn auch knapp, an der Fünfprozenthürde.

Seither ist Schill, der auch als Hamburger Innensenator bisher wenig vorweisen kann, wieder in der Realität gelandet. Republikweit träumen indes viele seiner Anhänger, von der einstigen Euphorie angesteckt, noch immer von Pöstchen und Parlamentssitzen im Bund und in den Ländern.

Wie der Zauberlehrling versucht Schill nun, der ungestümen Ausweitung seiner Partei Einhalt zu gebieten. „Die Partei soll wachsen, nicht wuchern“, mahnt er.

Die Diskrepanz zwischen hoch gesteckten Erwartungen und den Mühen des Alltags führt an der Basis zu Verwerfungen. Neun Monate nach ihrem Höhenflug beginnt sich die Partei selbst zu demontieren. In Hamburg ist eine Bezirksfraktion bereits auseinander gebrochen, ein Ortsvorstand trat vorige Woche kollektiv zurück.

Der Anfang Mai gegründete Landesverband Mecklenburg-Vorpommern musste sich gleich wieder auflösen, weil Schills Vorstand die Parteisatzung falsch ausgelegt hatte. Eine rasche Wiedergründung scheitert nun daran, dass es durch Austritte im Land inzwischen weniger als 500 Mitglieder gibt, die laut Satzung nötig wären.

Wo die Partei nicht von selbst zerbröselt, sorgt der Parteichef dafür, dass engagierte Mitstreiter kaltgestellt werden. Die „Länderkoordinatoren“ Dieter Mückenberger in Nordrhein-Westfalen, Hans-Joachim Selenz in Niedersachsen und Martin Moderegger in Thüringen wurden kurzerhand geschasst, weil sie, so Schill, „nicht mehr das nötige Vertrauen“ gehabt hätten.

„Kritik an Schill“, klagt Moderegger, 49, Rechtsanwalt in Erfurt, werde „gleich als Majestätsbeleidigung“ geahndet. Moderegger, kontert Schill, habe „ein Papier entworfen, dem zufolge geplant war, den Bundesvorstand abzusetzen“.

Von Schill ausgebremst wurde Selenz, 50, Ex-Chef der Salzgitter AG, der vorletztes Wochenende mit 839 Gleichgesinnten in Hannover einen Landesverband aus der Taufe heben wollte. Weil die „satzungsrechtlichen Voraussetzungen“ gefehlt hätten, stoppte Schill den Gründungsakt.

Die Crew um Schill, glaubt Selenz, habe „Angst vor der eigenen Courage bekommen“ und verfolge die bundesweite Ausdehnung gar nicht mehr ernsthaft. Für eine „nur noch auf die Hamburger Binnenalster konzentrierte Partei“, sagt Selenz, stehe er „nicht mehr zur Verfügung“ – und trat aus.

Dass die Gründung in Niedersachsen scheiterte, könnte Schill gerade recht sein, vermuten seine Widersacher – der Parteichef nennt es „eine böswillige Unterstellung“. Nach Hamburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie Nordrhein-Westfalen, wo die Vorbereitungen ebenfalls weit gediehen sind, hätte es wohl bald fünf Landesverbände gegeben. Dann hätte die Basis, laut Satzung, einen neuen Bundesvorstand wählen können – an Stelle des jetzigen, der mit dem Hamburger Landesvorstand identisch ist.

Insofern hatte Schill Glück, dass der Bundesparteitag am 11. Mai nicht beschlussfähig war. Weil nur 1039 von damals 5140 registrierten Schillianern in die Hamburger Messehalle 4 gekommen waren, zum vorgeschriebenen Quorum (25 Prozent der Mitglieder) also 246 fehlten, konnte über den an der Basis verbreiteten Wunsch nach Teilnahme an der Bundestagswahl nicht abgestimmt werden.

Statt satzungsgemäß „unverzüglich“ einen neuen Parteikonvent einzuberufen, ließ sich Schill reichlich Zeit. Erst für diesen Samstag, sechs Wochen nach dem fehlgeschlagenen Parteitag und zwei Tage vor Ablauf der Meldefrist beim Bundeswahlleiter, hat der Vorsitzende erneut eingeladen.

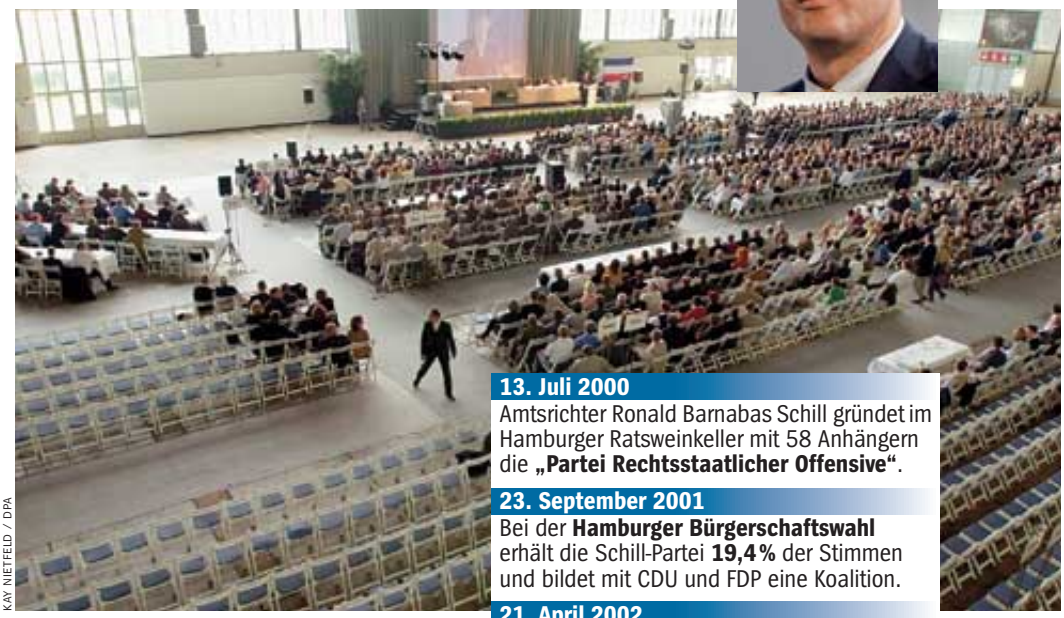
Denn Schill will zur Bundestagswahl nur antreten, „wenn wir mit hoher Gewissheit die Fünfprozenthürde schaffen“. Das sei aber wegen „finanzieller, personeller und organisatorischer Probleme“ der Partei höchst fraglich.

Schill muss dennoch fürchten, dass seine 1300 Hamburger Getreuen von den gut 4000 auswärtigen Mitgliedern überstimmt werden. Doch auch die wissen, dass ihnen die Zeit davonläuft: Bis zum 18. Juli müsste die Partei Landeslisten aufgestellt haben.

Schätzten die abgesetzten Provinzstatthalter Mückenberger und Selenz noch vor kurzem, dass etwa vier Fünftel der Mitglieder für eine Beteiligung an der Bundestagswahl votieren würden, hält der Thüringer Moderegger inzwischen den Ausgang der Abstimmung für „offen“: „Der Schwung ist jetzt erst mal kaputt.“

NORBERT F. PÖTZL

PATRICK PIEL



KAY NIETFELD / DPA

Parteichef Schill, Parteitag (im Mai in Hamburg)
„Der Schwung ist kaputt“

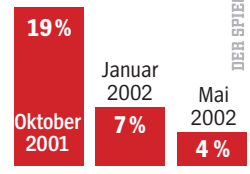
13. Juli 2000
Amtsrichter Ronald Barnabas Schill gründet im Hamburger Ratsweinkeller mit 58 Anhängern die **„Partei Rechtsstaatlicher Offensive“**.

23. September 2001
Bei der **Hamburger Bürgerschaftswahl** erhält die Schill-Partei **19,4%** der Stimmen und bildet mit CDU und FDP eine Koalition.

21. April 2002
In **Sachsen-Anhalt** verfehlt die Partei mit **4,5%** den Einzug in den Landtag.

Meinungsumfragen in Mecklenburg-Vorpommern

Emnid-Umfragen unter der Annahme, die Schill-Partei würde zur Landtagswahl am 22. September antreten



DER SPIEGEL